

schulwesen und die „Stärkung des Humankapitals“ sind förderlich. Der Sozialstaat hat nicht ausgedient, er ist eine stabile Basis. Die Mittelschicht ist leistungskräftiger als eine kleine Elite.

Europa kann die Probleme lösen. Wenn man verhandelt und sich an einen Tisch setzt, fällt es dem Sozialstaat leichter, als solcher weiterhin zu bestehen. Neoliberale Denkmuster können Planwirtschaften auf die Beine bringen. Doch Vorsicht: Man kann sich nicht auf das Großkapital und dessen Laune zur Investition verlassen.

ANDREAS RAFFEINER

Bertl, Johann: Vom korporativen zum marktwirtschaftlichen Denken. Der „Mittelstand“ in der bayerischen Wirtschaftspolitik zwischen 1947 und 1974. Kallmünz: Verlag Laßleben 2014, 285 Seiten, € 39,00.



Wohl sehr bedacht setzt der Autor den zentralen Gegenstand seiner gewichtigen Studie – sie umfasst trotz Verwendung eines kleinen Schrifttyps und engen Zeilenabstands über 280 Seiten – in Anführungszeichen, denn tatsächlich ist kaum ein Begriff so unscharf und vieldeutig wie der des „Mittelstandes“. Gleichzeitig wird jedoch auch kein Teil der Gesellschaft von der Politik so heftig umworben wie gerade dieser. So hat kürzlich selbst Gregor Gysi, der derzeiti-

ge Vorstand der Fraktion der „Linken“ im Bundestag, seinen Parteigenossen erklärt, dass man zur Umsetzung bestimmter politischer Ziele die Unterstützung des Mittelstandes gewinnen müsse. Tatsächlich würde heute wohl jeder deutsche Politiker, der es unterließe, dem Mittelstand seine Reverenz zu erweisen oder es gar wagen sollte, dessen Rolle kritisch zu hinterfragen, Gefahr laufen, als Gegner der Sozialen Marktwirtschaft oder gar der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abqualifiziert zu werden. Denn ohne Zweifel vertritt der Autor der vorliegenden Studie die Auffassung der großen Mehrheit der Gesellschaft, wenn er im Mittelstand den „maßgebliche[n] Garant einer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ erblickt. Wie aber schon ein flüchtiger Blick in die deutsche Geschichte zeigt, hat sich diese Gesellschaftsschicht in der Vergangenheit – zurückhaltend formuliert – nicht gerade durch ein besonderes Engagement für Demokratie und eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ausgezeichnet. Als zentrales Ziel seiner Untersuchung hat sich Bertl deshalb die Klärung der Frage gestellt, wie es dazu kam, dass gerade jener Teil der Gesellschaft, in dem noch bis in die Nachkriegszeit hinein „zünftlerisch-sozialprotektionistische Einstellungen“ verbreitet gewesen seien und der als besonders anfällig für antidemokratisches und nationalistisches Gedankengut gegolten habe, diese Funktion übernommen hat (S. 4).

In dem kompaktem Aufriss des Forschungsstandes, mit dem er seine Untersuchungen eröffnet, zeigt er zunächst auf, dass der Mittelstand und dessen Bedeutung für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bereits Gegenstand einer umfangreichen Forschung waren. Wie

er in diesem Zusammenhang darlegt, bewegt er sich mit seiner Untersuchung auch insofern innerhalb des von dieser Forschung vorgegebenen Rahmens, als er unter „Mittelstand“ die Schicht der Selbständigen in Gewerbe, Handwerk und Handel und in den freien Berufen versteht, womit er die im Bereich der Landwirtschaft ausklammert. Diese Eingrenzung ist die gebräuchliche und sie ist auch sehr gut nachvollziehbar. Nicht zuletzt auch angesichts der Tatsache, dass die Landwirtschaftspolitik gerade in dem Zeitraum, den die vorliegende Untersuchung abdeckt, einen eigenen und sehr gewichtigen Teil der Politik der Bayerischen Staatsregierung bildete. Dennoch ist diese Eingrenzung des Untersuchungsobjektes „Mittelstand“ nicht unproblematisch, denn mit ihr wird ein besonders in Bayern sehr wichtiger – wenn auch gerade im Untersuchungszeitraum rasch und stark schwindender – Teil jener Gesellschaftsschicht, die dem Mittelstand zuzurechnen ist, ausgeklammert. Um so mehr ist es zu begrüßen, dass der Verfasser im letzten Hauptabschnitt der Untersuchung eine Einordnung der Mittelstandspolitik in die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge vornimmt, denn damit wird zumindest in Umrissen deutlich, dass es nicht allein der hier erfasste gewerbliche Mittelstand war, der sich einer besonderen Zuwendung der Politik erfreuen konnte.

Sein Hauptaugenmerk richtet Bertl jedoch erklärtermaßen zunächst „auf die bayerische Mittelstandspolitik als eigenständigen Bereich der politischen Kommunikation zwischen konservativen Akteuren und kleinen und mittleren Unternehmern“, wovon er sich auch „neue Erkenntnisse über ungebrochene ordnungspolitische Traditionen und ge-

dankliche Neuansätze in der Wirtschaftspolitik“ sowie Antworten auf die Frage, „wie der Mittelstand von der Politik mentalitätsgeschichtlich in der Marktwirtschaft verortet wurde“, erwartet. Konkret habe sich die „vorliegende Studie zur Aufgabe gemacht, auf einer archivalisch breiten Grundlage die Grundzüge einer solche Mittelstandspolitik bis zu ihrem fraglosen Höhepunkt, dem von der CSU initiierten Mittelstandsförderungsgesetz, herauszuarbeiten“ (S. 26).

Dieser Aufgabe hat sich der Verfasser in der Tat mit großer Akribie unterzogen. Er gliedert seine Darstellung in drei Hauptabschnitte, in denen er die Entwicklung des Zeitraumes, der die Jahre 1947 bis 1974 umfasst, jeweils aus einer anderen Perspektive betrachtet, und einem abschließenden Kapitel, in dem er die wesentlichen Resultate dieser Entwicklungen zusammenfasst. Im ersten Abschnitt werden unter der Überschrift „Mittelstandspolitik in Bayern. Grundzüge der historischen Entwicklung“ vor allem die Entstehung der die Wirtschaft tangierenden Verfassungsbestimmungen, die Entwicklung der grundlegenden wirtschaftlichen Strukturen sowie der Parteien und Wirtschaftsverbände geschildert. Im zweiten Kapitel, überschrieben „Von korporativen zu marktwirtschaftlichen Denkmustern“, steht der Wandel jener gesellschaftspolitischen Überzeugungen im Mittelpunkt, welche die Basis dafür bilden, dass der Mittelstand von Staat und Gesellschaft eine besondere Berücksichtigung seiner Interessen einfordern kann. Das dritte Kapitel schließlich setzt sich mit der bayerischen „Mittelstandspolitik im ethisch-ökonomischen Zielkonflikt“ auseinander. Hier geht es vor allem um die Frage,

welchen Stellenwert die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU dem Mittelstand nicht nur verbal, sondern in der politischen Praxis eingeräumt haben, welche Motive und Zielsetzungen damit verbunden waren und welche Resultate mit dieser Politik schließlich erzielt wurden.

Den wesentlichen Erfolg dieser Politik, die 1974 im Erlass des Mittelstandsförderungsgesetzes gegipfelt habe, sieht Bertl darin, dass durch sie die „Vermittlung der mittelständischen Denktraditionen mit den ökonomischen, rechtlichen und ethischen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ gelungen sei. Auch wenn die „kurzfristig eigeninteressierten, partei- und wahltaktisch motivierten Aspekte dieser Symbolpolitik“ nicht zu übersehen seien, so sei deshalb „den Mittelstandspolitikern der CSU ein Verdienst um die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und Deutschlands zuzusprechen“ (S. 252).

Folgt man Bertl, so nimmt der Mittelstand damit im demokratischen Staat letztlich die gleiche staatstragende Funktion wahr, die man ihm einst im monarchischen Staat zugeschrieben hat. Nun ist aber bekannt, dass er dessen Untergang nicht nur nicht verhindert, sondern in gewisser Weise mit herbeigeführt hat. Vor diesem Hintergrund kann man als Bürger eines demokratischen Staates nur hoffen, dass der Mittelstand dank der besonderen Berücksichtigung seiner Interessen, die ihm dieser Staat seit Jahrzehnten gewährt, tatsächlich zu einem zuverlässigen „Garant[en] einer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (siehe zuvor) geworden ist.

DIRK GÖTSCHMANN



Daase, Christopher / Engert, Stefan / Kolliarakis, Georgios (Hrsg.): Politik und Unsicherheit. Strategien einer sich wandelnden Sicherheitskultur.

Frankfurt: Campus Verlag 2014, 329 Seiten, € 29,90.

Politik und Unsicherheit sind zwei Begriffe, die in turbulenten Zeiten zusammengehören. Der Staat als Garant der Sicherheit seiner Bürger wird in immer neuen Formen von verschiedenen Quellen einer objektiv wie auch einer wahrgenommenen Unsicherheit gefordert. Sicherheit, ein Begriff der traditionell schlicht die Abwesenheit von Gefahr für die Integrität des Staates oder höchstens noch für Leib und Leben seiner Einwohner insgesamt bedeutete, verändert sich. Im wissenschaftlichen Diskurs wird heute mehr und mehr auf Sicherheit im Sinne der sogenannten „Human Security“ abgestellt. Human Security ist ein weiter gefasster Begriff. Er beinhaltet die Grundbedürfnisse der Menschen und damit auch den Wunsch nach individuell gefühlter Sicherheit.

Christopher Daase, Stefan Engert und Georgios Kolliarakis haben den vorliegenden dritten Band einer Reihe von Aufsätzen und Essays zur Kultur der Sicherheit als Herausgeber zu verantworten. Die Publikationsreihe untersucht den Wandel der Sicherheitskultur sowohl national als auch auf internationaler Ebene und sie entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Gesellschaftswissenschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ des Bundesministeriums für Bildung und